

13.05.2004

Unmut der Hausbesitzer verstummt nicht

Die Eigentümer beklagen, dass der geringste Teil der Fördermittel in die Infrastruktur fließt. Sie sehen keinen Vorteil für sich.

leer - Auch wenn es leiser geworden ist um die Bürgerinitiative „Soziale Stadt“. Unter dem Deckel brodelt es immer noch. Nach wie vor sind einige Hausbesitzer nicht mit der Einigung um die Ausgleichszahlungen einverstanden. Sie erkennen einfach keinen Nutzen für sich. Und nur für andere zahlen, will wenigstens ein Teil von ihnen nicht. „Andere“ sind der Bauverein, die Stadt, neuerdings der Sportverein Germania, aber auch Ausländer und Sozialhilfeempfänger.

In einem Schreiben an das Sozialministerium in Hannover und an die Bezirksregierung beklagt die Bürgerinitiative (BI), dass die Eigentümer im Quartier kaum eine Verbesserung des Wohnumfeldes für sich erkennen. Die Gewinner seien Ausländer und Sozialhilfeempfänger. Die profitierten von den geplanten Einrichtungen wie dem Ledatreff und dem Einsatz von Sozialarbeitern. Gerhard Leuschner: „Wir haben ganz klar nichts gegen Ausländer. Aber viele von uns haben 30 Jahre oder länger für ihr Haus gespart. Jetzt sollen wir für Leute zahlen, die hier angesiedelt worden sind. Das wollen wir nicht.“

Die BI versucht nicht, diplomatische Formulierungen zu finden, wenn sie schreibt, dass zwischen dem Bauverein Leer, der Stadt und dem Sportverein gekungelt werde. Das seien die eigentlichen Nutznießer des Projektes, die „das Geld einsacken, und wir Eigentümer sollen dafür Ausgleichsbeiträge zahlen“. Man mag nicht einsehen, dass die Stadt dem Sportverein 350 000 Euro zur Verfügung stellt, damit Germania Eigenkapital habe, um an die Fördertöpfe der „Sozialen Stadt“ zu kommen. Leuschner: „Den Hauseigentümern stellt die Stadt ja auch kein Geld zur Verfügung, damit sie die geforderte Gegenfinanzierung leisten können.“

Auch auf den Bauverein ist man in der BI nicht gut zu sprechen. Wenn noch andere Wohnungsbaugesellschaften Anträge auf Fördermittel stellten und der Löwenanteil für soziale Einrichtungen wie Ledatreff, Nachbarschaftstreff, Spielplätze und Personalkosten verwendet würden, bliebe kaum etwas für die versprochene Verbesserung der Infrastruktur übrig. Dabei habe der frühere Bürgermeister Günther Boekhoff versprochen, dass etwa 75 Prozent der Fördermittel aus dem Topf der Sozialen Stadt für eine verbesserte Infrastruktur und lediglich 25 Prozent für soziale Belange investiert werden sollten. „Jetzt sieht es so aus, als bliebe nur noch Geld für Reparaturen übrig“, so Leuschner.

In den nächsten Tagen soll die BI zu einer Versammlung einberufen werden, auf der man das weitere Vorgehen besprechen will. "

„Wir haben ganz klar nichts gegen Ausländer“ "

Gerhard Leuschner